



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 9. Januar 1887.

Nr. 13.

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. Der Kaiser nahm heute den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Porponcher entgegen, arbeitete dann längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts von Albedyll und empfing Nachmittag um 1 Uhr den russischen General Grafen Peter Schumalow, der aus Petersburg hier eingetroffen war, um mit seinem Bruder, dem hiesigen russischen Botschafter Grafen Paul Schumalow, das russische Wehnachtsfest gemeinsam zu erleben. Am Nachmittag nahm der Kaiser mit der Kaiserin das Diner im königl. Palais allein ein. Morgen Nachmittag findet bei den Majestäten im königl. Palais die Familientafel statt.

Man darf als sicher annehmen, daß Fürst Bismarck, wenn er in Berlin weilt, auch an den entscheidenden Verhandlungen über die Militärvorlage im Reichstage teilnehmen wird. „Wie ich höre,“ schreibt der „Magd. Bzg.“ ein Berliner Korrespondent, „ist man übrigens im maßgebenden Kreise entschlossen, für den Fall, daß eine Verständigung mit dem Reichstage nicht möglich sein sollte, schon vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages sofort mit der Bildung der Kadres zu beginnen, das heißt das Militärgesetz durchzuführen trotz mangelnder Vereinbarung mit dem Reichstage. Die Neuwahlen werden beschleunigt und dem neuen Reichstage alsbald ein Inbegriff des Gesetzes unterbreitet werden.“

In diesen Tagen durchläuft die Zeitungen die Meldung, daß ein Pferdeausfuhr-Verbot in Aussicht genommen sei. Für diese Mitteilung findet sich jedoch nirgends eine Bestätigung. Zunächst müßte eine derartige Maßregel die Zustimmung der verbandelten Regierungen erhalten, also an den Bundesrat gelangen. Dem Bundesrathe ist jedoch eine solche Maßregel nicht vorgelegt, oder sonst wie bekannt. An anderen amtlichen Stellen wird die Absicht eines solchen Verbotes bestimmt bestritten.

Die deutschfreisinnige Fraktion des Reichstages hält morgen zur Beratung der Militärvorlage eine Sitzung ab.

Im Abgeordnetenhause sind seit dem Schlusse der letzten Session folgende Veränderungen vor sich gegangen. An Stelle v. Boretius ist der ebenfalls nationalliberale Friedberg, an Stelle Schüt's Rechtsanwalt Peters (nationalliberal) gewählt. Ferner verstarben die drei Konserveratoren v. Ziemer, Jacobs, Kleist v. Bornstedt. Dafür wurden die drei ebenfalls konservativen Abgg. Lamprecht, Hoppe und v. Bredow-Senke gewählt. Dazu kommen 11 Mandatsniederlegungen. An Stelle Schreiber's (kons.) wurde gewählt v. Starnberg (kons.) an Stelle v. Spasowski's (Zarinski). An Stelle Büchtemann's Schmieder, an Stelle v. Hantel's Graf Kopsky-Zeditz, an Stelle Rübjan's (Zentr.) Landrath v. Krüger (kons.), an Stelle L. Löwe's Dr. Hermed. Landrath Fornet (kons.) wurde wiedergewählt. An Stelle der bisherigen Abgg. Löwe Salbe, Hoffjämmer (Zentr.), Bajeler (deutschfreisinnig) und Kantal haben Ersatzwahlen noch nicht stattgefunden. Es sind demnach 4 Mandate erledigt. Demnach zählen augenblicklich die Konservativen 129, Zentum 99, Nationalliberale 67, Freikonservative 64, Deutschfreisinnige 42, Polen 14, Witbe 14.

Aus London wird heute berichtet: Der „Daily News“ zufolge hätte die bulgarische Deputation sich mit einer Kandidatur des Herzogs von Leuchtenberg einverstanden erklärt. Aus dieser Mitteilung läßt sich nicht erkennen, von wem diese Kandidatur aufgestellt ist. Daß Rußland noch einen anderen Kandidaten im Hintergrunde haben mag und der Delegirte nur der vorgeschobene Durchfallskandidat ist, erscheint nicht unmöglich. Herzog Nikolaus von Leuchtenberg ist bekanntlich ein Enkel von Kaiser Nikolaus, er ist 1843 geboren, griechisch-latholisch, fährt den Titel eines Generalleutnants und ist mit einer Gräfin Annenkow verheiratet; sein ältester Sohn Eugen hat eine Skelelen zur Frau. Nach der Seite orthodoxen Russenthums würde der Herzog von Leuchtenberg daher sicher alle Garantien bieten.

Die „Wall Mall Gazette“ überrascht heute die Welt mit einem Sensationsartikel unter der Ueberschrift: „Das beschriftigte Bombardement von Konstantinopel!“ Wie das Blatt behauptet,

hat England in den letzten Wochen am Rande des Krieges gestanden, ohne daß das englische Volk etwas davon wußte, und zwar eines Krieges — mit der Türkei. Das Einverständnis der Türkei mit Rußland, das rasch zu einem Vertrage heranreife, hätte den casus belli gebildet. Während der letzten Monate legte Herr von Helldorn, der russische Gesandte bei der Pforte, verschiedene Vertragsentwürfe vor, von welchen einer jüngst nahe daran war, unterzeichnet zu werden. Zu gleicher Zeit habe Sadek Effendi auf die bulgarische Regentenschaft gedrückt, um ein Einverständnis mit Rußland zu Stande zu bringen. Diese Vorgänge hätten dann den Anlaß zu dem bekannten Drohartikel der „Morning Post“ gebildet. Rußens Pascha, türkischer Botschafter in London, verlangte von Lord Jddesleigh auf Anweisung seiner Regierung Erläuterungen über jenen Artikel. Wie das „Reuter'sche Bureau“ mittheilt, erklärte Lord Jddesleigh auf Rußens Anfrage, die Presse in England sei unabhängig, aber die Regierung theile die von der „Morning Post“ ausgesprochenen Ansichten, welche die der Mehrzahl der Engländer sei. Die „Wall Mall Gazette“ erklärt sich in der Lage, aus unabhängigen Quellen die Richtigkeit dieser beunruhigenden Mittheilungen zu bestätigen, ihre Informationen beziehen sich „auf den Krieg, in welchem Lord Salisbury und Lord Jddesleigh das Land zu ziehen versuchen“. Die Gefahr dieses Krieges sei im Augenblick noch nicht beseitigt. Zwar spreche die „Morning Post“ jetzt von mehr befriedigenden Nachrichten aus Konstantinopel, aber nach dem „Standard“ wäre in der Politik von England und Oesterreich nichts geändert.

Der Bericht der Militärkommission des Reichstages ist heute zur Bertheilung gelangt. Derselbe umfaßt 39 Seiten. Die vertraulichen Mittheilungen des Kriegeministers und seiner Kommissarien fehlen. Es wird nur hervorgehoben, daß in der Generaldiskussion die politischen und die militärischen Gesichtspunkte betont wurden. Die Vertreter der Militärverwaltung hätten sich auf die militärische Begründung der Vorlage beschränkt, daher habe die Kommission ein sachliches Eingehen auf die allgemeine politische Lage vermieden. Die Militärverwaltung habe den Standpunkt eingenommen, daß die Entwicklungsbahntage der deutschen, russischen und französischen Armee eine Erhöhung der Friedenspräsenz und der Kriegsstärke bedingten. Auch bei der zweiten Lesung hätten die Vertreter der Heeresverwaltung nur die militärische Bedeutung der Vorlage erörtert und es als verhängnisvoll bezeichnet, wollte man die Entscheidung von der vorherigen Lösung der Deckungsfrage abhängig machen. — Im Uebrigen enthält der Bericht nichts, was nicht aus den einzelnen Sitzungen schon ausführlich bekannt gegeben wäre.

Die Petitionskommission des Reichstages hat sich in der heutigen Sitzung ausschließlich mit der Erörterung einer Petition des Apothekers Kempf betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Apothekergewerbes beschäftigt. Die Vorschläge des Petenten gehen u. A. dahin, diejenigen Apotheken, die noch auf Realprivilegien beruhen, mit vierprozentiger Rente abzulösen. Der Kommissar des Bundesraths, Geheimrath Rath Hopf, erklärte im Laufe der Debatte, die Reichsregierung habe i. Z. wenn auch von anderen Gesichtspunkten aus eine reichsgesetzliche Regelung der Materie beantragt, indessen sei eine Vorlage an den Reichstag in Folge der bei den verbündeten Regierungen hervorgetretenen Schwierigkeiten nicht gemacht worden. Die Kommission beschloß, ohne sich den Gründen des Petenten anzuschließen, über die Petition an das Plenum zu berichten und die Ueberweisung derselben an den Bundesrat als Material zu einer gesetzlichen Regelung der Frage zu beantragen. Mit der Berichterstattung wurde Abg. Dr. Reufe beauftragt.

Der Landrath des Kreises Hagen, Herr von Hymmen, hat eine Verfügung an die öffentlichen Sparcassen seines Amtesbezirks erlassen, in welcher er sich dagegen ausspricht, daß dieselben Gebäude beizubehalten, welche bei ausländischen Gesellschaften versichert sind. Herr von Hymmen meint, daß die deutschen Gesellschaften neben der Provinzial-Feuer-Sozialität vollkommen hinreichende Auswahl und Konkurrenz unter einander darbieten, und daß, wenn die Grundbesitzer Versiche-

rungen im Auslande den Vorzug geben, irgend welche Nebenabsichten vermutet werden können, deren Förderung aus politischen Gründen und aus Rücksichten für die Sparcassen selbst durchaus unratheam erscheinen. Weiter sagt er sogar: „Uebrigens liegt kein Grund dazu vor, die Gesellschafter ausländischer Gesellschaften im Inlande auf Kosten der deutschen durch unsere Sparcassen zu unterstützen und Gebäudebesitzern, welche aus besonderen Absichten die Versicherungen bei den soliden deutschen Gesellschaften scheuen und zu umgehen suchen, in diesen ohnehin auch unpatriotischen Bestrebungen behülflich zu sein.“ In dieser Anschuldigung gegen die Versicherer, welche bei ausländischen Gesellschaften versichern, geht der Landrath entschieden zu weit. Es kommt durchaus nicht selten vor, namentlich in Industrie-Bezirken, daß die inländischen Gesellschaften Bedingungen stellen, auf welche einzugehen dem Gebäudebesitzer sehr unangenehm, ja augenblicklich geradezu unmöglich ist. Der Vorwurf unpatriotischer Bestrebungen und verdächtiger Nebenabsichten hätte füglich unterbleiben können, wenn Herr von Hymmen glaubte, in seiner Eigenschaft als Landrath den Sparcassen gewissermaßen vorschreiben zu dürfen, welche Versicherer sie als genügend betrachten sollen und sogar entsprechende Statutenänderungen empfehlen zu können.

Der Abg. Hohbrack ist an Stelle des aus dem Reichstage ausgeschiedenen Herrn von Lez in den Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstages gewählt worden.

Als im März vorigen Jahres der belgische Arbeiter-Aufstand ausbrach, wurden von den belgischen Agitatoren, speziell de Bäre, Volkers und Ansele, immer darauf hingewiesen, daß die Regierung absolut Nichts für die Arbeiter thäte; die Kranken-Versicherung liege sehr im Argen, eine Unfall-Versicherung sei nur in einzelnen Fabriken eingeführt. Diese Vorwürfe der sozialistischen Führer waren zum größeren Theil berechtigt. Eine Kommission zur Untersuchung der Arbeiter-Verhältnisse wurde eingesetzt, die zahlreiche Bemerkungen vornahm und vor der die Arbeiter ihre Klagen ausäuerten. Das Bild, welches hier von dem Nothstand der Kohlen-Arbeiter entrollt wurde, war zum Theil ein entsetzliches. Nach langem Hin- und Herreden hat die Kommission nunmehr einen Bericht ausgearbeitet, in welchem die Grundzüge für eine künftige belgische Unfall- und Kranken-Versicherung der Arbeiter niedergelegt wurden. Zum Vorbild hat die Kommission in mehreren Beziehungen das deutsche Unfall-Versicherungsgesetz genommen, doch weicht die Entwurfs-Skizze des belgischen Ausschusses in mehreren wichtigen Punkten von dem deutschen Gesetze ab. Zu bebauern ist es, daß der belgische Entwurf sich nicht zu der im deutschen Unfall-Versicherungsgesetz ausgesprochenen Rechtsanschauung hat erheben können, daß jeder bei dem Betreibe sich ereignende Unfall entschädigungspflichtig sei, ausgenommen durch Vorsatz des Verletzten herbeigeführtes Unglück, welches logisch ja auch gar nicht als Unfall sich qualifizirt. Nach dem belgischen Entwurf dagegen sollen nur solche Unfälle entschädigt werden, deren Ursachen entweder unbekannt, oder einem Zufall oder vis major zuschreiben sind, im Falle eines von dem Beschädigten gemachten „Fehlens“ soll derselbe keinen Entschädigungsanspruch besitzen. Der Unternehmer resp. die Versicherungs-Gesellschaft, bei welcher der erstere seine Arbeiter versichert hat, können daher bei jedem vorkommenden Unfall leicht nachzuweisen versuchen, daß der Unfall unter keine der drei genannten Rubriken gehörig, sondern vielmehr durch einen „Fehler“ des Arbeiters entstanden sei. Es wird daher vorausichtlich die Mehrzahl der Verletzten erst auf dem Wege des Prozesses die ihnen zustehende Rente resp. Entschädigung zu erstreiten haben.

General Salamanca, der bekannte Widerstandler Deutschlands, ist laut einem dem „Journal des Debats“ aus Paris zugehenden Privat-Telegramm nicht wieder zum Präsidenten des Militärklubs gewählt worden. In der letzteren Eigenschaft hatte der ehemalige General Sekretär im spanischen Kriegesministerium großen Einfluß auf eine beträchtliche Anzahl von Offizieren, wie er denn auch im Madrider Militärklub Gelegenheit fand, seine aufsehenden Reden zu halten. Dank den Bemühungen der Freunde des Kabinetts

Sagasta ist es nunmehr gelungen, diesen Ruhestörer unschädlich zu machen. Allerdings berücklichtigt General Salamanca zunächst, am Neujahrstage ein großes Diner zu veranstalten, an welchem auch eine Anzahl Generale theilnahm, von denen einige hohe offizielle Stellungen bekleiden. Dem Kortes wird sogleich nach ihrer Wiederöffnung eine wichtige militärische Vorlage unterbreitet werden. Nach derselben soll Spanien in acht Militär-Bezirke eingetheilt werden, deren jeder ein Armeekorps unter dem Ober Befehle des General-Kapitans des Distriktes erhalten soll. Zunächst stößt dieses Projekt auf beständigen Widerstand, der zumeist auf lokale Empfindlichkeiten zurückzuführen werden muß. Die Regierung ist jedoch entschlossen, an dem Projekte festzuhalten, weil sie dasselbe behufs Vertbeiligung des Territoriums für unerläßlich erachtet. Aus Madrid wird zugleich ein Vorgang gemeldet, welcher auf gewisse Verhältnisse der Hauptstadt grelle Streiflichter fallen läßt. Mehrere Sergeanten, die sich im Militär-Gefängnisse von San Francisco zu Madrid befanden, weil sie sich an dem jüngsten Militär-Putsch betheiligten hatten, sind am 6. Januar unter Beihilfe zweier mit der Bewachung betrauten Sergeanten entflohen, nachdem sie das übrige Wachtpersonal eingeschlossen hatten. In der spanischen Hauptstadt hat diese Flucht großes Aufsehen erregt und man ist eifrig mit Versuchen beschäftigt, der Schuldigen wieder habhaft zu werden.

Dem preussischen Landtage sollen, wie berichtet wird, folgende Gesetzentwürfe, welche sämmtlich bereits fertig gestellt sind, zugehen: 1) ein Gesetz wegen Abgrenzung und Organisation der Berufsvereinigungen auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886, betreffend die Unfallversicherung der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter; 2) ein Gesetz, betreffend das Verfahren und das Kostenwesen bei der Güterkonfiskation im Regierungsbezirk Wiesbaden, ausschließlich des Kreises Biedenkopf und der durch die Kreisordnung vom 7. Juni 1885 mit dem Regierungsbezirk Wiesbaden vereinigten Gemeinden; 3) ein Gesetz, betreffend die Vertretung und Verwaltung der durch ein Auseinandergehenungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten; 4) eine Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel; 5) eine Haubergordnung für den Dill- und den Obereserwaldkreis; 6) ein Gesetz, betreffend die Vertbeiligung der öffentlichen Lasten bei Grundbesitzübertragungen und bei der Gründung neuer Ansiedelungen in der Provinz Hannover.

Der Nürnberger „Korrespondent“ bringt folgende Mittheilung, deren Vertretung wir ihm überlassen:

„Das mitunter massenhafte Verweilen französischer Heerespflichtigen in unseren Grenzbezirken, namentlich in den reichslandischen Gebieten, wo die fast ausschließlich französisch gesprochenen Fabrikarbeiter ihre Landseute den Deutschen vorziehen, um ihre politische Agitation ungehindert fortsetzen zu können, hat nicht verfehlen dürfen, die Aufmerksamkeit der Militärbehörden neuerdings wieder in Anspruch zu nehmen. Nachdem Frankreich selbst längst nicht mehr militärpflichtige Deutsche wiederholt und systematisch über die Grenze geschafft hat, so war der Zeitpunkt für die deutsche Regierung gekommen, den Aufenthalt von Angehörigen der französischen Linie und der Territorialarmeen im Reichslande nur ausnahmsweise noch zu gestatten, z. B. wegen dringender Familienbesuche von 8—14 Tagen, bei Todesfällen etc. Ueber diese Erlaubniß entscheiden die Kreis- und Polizeidirektoren; bereits findet von der Schweizer bis zur luxemburger Grenze in allen deutschen Gemeinden durch die Polizeikommissäre eine Aufzeichnung aller jener Departements und sonstigen Franzosen statt, welche wegen ihrer Heerespflicht das deutsche Gebiet demnach zu verlassen haben.“

Ausland.

pest, 7. Januar. Da bezüglich des Petroleumzolls seitens beider Regierungen keine Einigung erreicht ist, so verlautet, die Erneuerung des österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsbündnisses werde ohne Aenderung des bisherigen Zolltarifs erfolgen.

Der Kriegeminister will zur Instandhaltung der an der Grenze gelegenen Truppen Verpfle-

